

## Sachsens »blaues Wunder« bei der Bundestagswahl 2017

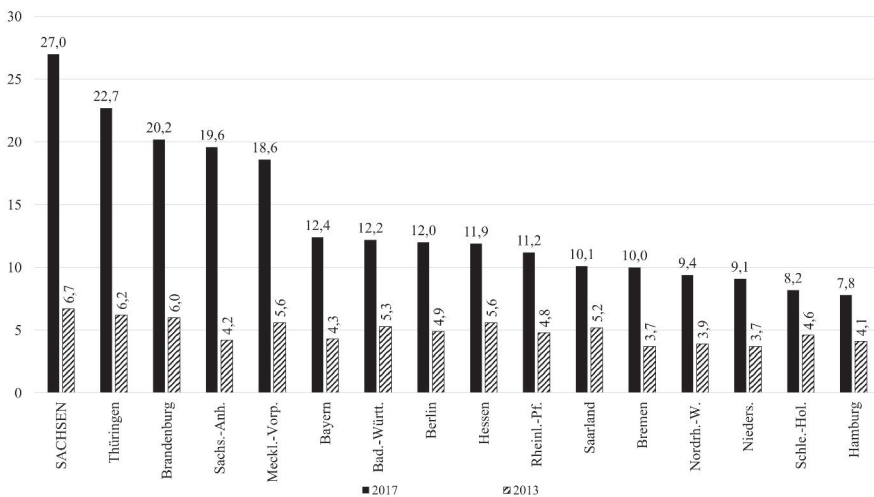
### 1. Einleitung: Absturz der CDU und Erfolge der AfD

Am 18. Oktober 2017 kündigte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) seinen Rücktritt an. Obgleich er sich in seiner Erklärung nicht explizit darauf bezieht,<sup>1</sup> dürften das desaströse Ergebnis der sächsischen Christdemokraten bei der Bundestagswahl 2017 (*siehe unten*) und der scharfe Gegenwind aus den eigenen Reihen ausschlaggebend gewesen sein: Der frühere Landesvater Kurt Biedenkopf, der im Freistaat teilweise heute noch respektvoll »König Kurt« genannt wird, sprach Tillich in einem Interview jegliche »Vorbildung«<sup>2</sup> für das Ministerpräsidentenamt ab und sorgte sich »um mein Lebenswerk«<sup>3</sup>. Zu dieser – wegen ihrer öffentlichen Wahrnehmung – erniedrigenden »Brachialkritik«<sup>4</sup> seitens des politischen Ziehvaters, der Tillich 1999 zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten berufen hatte, kamen erste personelle Veränderungen auf der Kreisebene<sup>5</sup> und der »Aufstand der Landräte«<sup>6</sup> hinzu. Die Landräte, die in Sachsen seit 2008 ausnahmslos von der CDU gestellt werden, forderten unter anderem eine stärkere finanzielle Unterstützung der ländlichen Regionen und ließen nach einem Gespräch mit Tillich offen, »[o]b man (...) auch personell etwas ändern muss.«<sup>7</sup> Dieser mangelnde Rückhalt in der eigenen Partei dürfte den Ministerpräsidenten letztlich zum Rücktritt bewogen haben.

- 1 Ministerpräsident Tillich sagte unter anderem: »Für eine gute Zukunft Sachsens sind auch neue Antworten wichtig. Es braucht den Mut, gewohnte Bahnen zu verlassen«; zit. nach Andreas Debski / Jürgen Kochinke, »Abgang in sechs Minuten« in: *Leipziger Volkszeitung* vom 19. Oktober 2017, S. 1.
- 2 »Für das Amt, für das er ursprünglich nicht vorgesehen war, hatte er keine Vorbildung«, sagte Kurt Biedenkopf; zit. nach: Martin Machowecz (im Interview mit Ingrid und Kurt Biedenkopf), »Kurt, das wäre dir nicht passiert!« in: *Die Zeit* vom 5. Oktober 2017.
- 3 Ebd.
- 4 Andreas Wassermann / Steffen Winter, »Der Betriebsunfall« in: *Der Spiegel* vom 21. Oktober 2017, S. 44–45, S. 44.
- 5 Bereits drei Tage nach der Bundestagswahl trat der Landrat des Kreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Michael Geisler, als CDU-Kreisvorsitzender zurück. Das Direktmandat in diesem Wahlkreis hatte die damalige AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry mit 37,4% klar gegen Klaus Brähmig (CDU; 28,8%), der seit 1990 dem Bundestag angehörte, gewonnen. Zu Geislers Rücktritt siehe André Böhmer / Jürgen Kochinke, »Wahl-Fiasko: Erster Kreischef der Sachsen-CDU wirft hin« in: *Leipziger Volkszeitung* vom 28. September 2017, S. 1.
- 6 Andreas Debski, »Aufstand der Landräte: Kreischefs setzen Tillich unter Druck« in: *Leipziger Volkszeitung* vom 17. Oktober 2017, S. 4.
- 7 Frank Vogel, der Landrat im Erzgebirgskreis und Präsident des Sächsischen Landkreistages ist, sagte nach einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten: »Es war konstruktiv. Wir haben

Dass der Regierungschef eines Bundeslandes zurücktritt, ist nichts Ungewöhnliches. Aber, dass dafür eine Bundestagswahl verantwortlich ist, ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings ist auch das Ergebnis der Bundestagswahl in Sachsen außergewöhnlich, denn die CDU erlebte »ihr blaues Wunder«<sup>8</sup>. Die Partei stürzte nach erdrutschartigen Verlusten von 15,7 Prozentpunkten auf nur noch 26,9 Prozent der Zweitstimmen ab und verlor – wenngleich denkbar knapp – die Position als stärkste politische Kraft an die AfD (27,0 Prozent). Diese konnte ihren Wähleranteil mehr als vervierfachen und erreichte im Freistaat ihr bestes Ergebnis (Abb. 1). Außerdem gewann die Partei drei Direktmandate, die für die CDU als »sicher« galten. Davon war mit Michael Kretschmer auch der Generalsekretär des Landesverbandes betroffen. Der langjährige Bundestagsabgeordnete, den Tillich später als seinen Nachfolger vorschlagen sollte, war »frohen Mutes in den Wahltag gegangen, weil ich wusste, was wir als CDU für die Oberlausitz erreicht haben.«<sup>9</sup> Die Christdemokraten verloren auch das Mandat im politisch umkämpften Leipziger Süden an die Linke, sodass sie nur noch in zwölf Wahlkreisen die meisten Erststimmen auf sich vereinen konnten.

Abbildung 1: Wahlergebnisse der AfD im Ländervergleich (Zweitstimmen; in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

deutlich gemacht, wo Handlungsbedarf besteht und inhaltliche Korrekturen notwendig sind. Ob man dafür auch personell etwas ändern muss, liegt außerhalb unserer Entscheidungsebene; zit. nach: Debski, Aufstand der Landräte, aaO. (FN 6), S. 4.

8 Jürgen Kochinke, »Die CDU in Sachsen erlebt ihr blaues Wunder« in: *Leipziger Volkszeitung* vom 26. September 2017, S. 5.

9 Michael Kretschmer; zit. nach: André Böhmer, »Ich suche die Fehler zuerst bei mir selbst« in: *Leipziger Volkszeitung* vom 26. September 2017, S. 5.

Bei den Zweitstimmen wurde die CDU sogar in sechs Wahlkreisen als stärkste Partei abgelöst. Das betrifft neben den Gebieten, in denen die Christdemokraten die Direktmandate verloren, auch den Landkreis Meißen, in dem der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach empfindlichen Verlusten von fast 20 Prozentpunkten sein Mandat knapp gegen den AfD-Landtagsabgeordneten Carsten Hütter verteidigen konnte, und den Wahlkreis »Dresden II / Bautzen II«. In der zuletzt genannten Region war der Vorsprung der AfD mit 0,2 Prozentpunkten hauchdünn. Ähnlich knapp war das Rennen in Chemnitz; dort lag die CDU 0,6 Prozentpunkte vor der AfD. In drei weiteren Wahlkreisen erhielten die Christdemokraten mit einem Abstand von weniger als drei Prozentpunkten die meisten Zweitstimmen (Tab. 1).

Tabelle 1: Zweitstimmenanteile in den Wahlkreisen (in Prozent)

Wahlkreis	AFD	CDU	Linke	SPD	FDP	Grüne	andere
151 – Nordsachsen	26,9	29,4	14,7	12,5	7,9	2,6	6,0
152 – Leipzig I	20,8	23,5	19,5	12,9	8,5	7,1	7,7
153 – Leipzig II	16,0	21,9	22,5	13,1	8,5	10,4	7,6
154 – Leipzig-Land	26,9	30,1	14,7	11,4	8,1	3,2	5,6
155 – Meißen	32,9	26,1	13,3	8,7	8,7	3,7	6,6
156 – Bautzen I	32,8	27,1	14,2	9,1	7,6	2,4	6,8
157 – Görlitz	32,9	26,7	14,0	9,3	7,0	2,9	7,2
158 – Sächs. Schweiz-Osterzgr.	35,5	25,6	12,8	7,8	8,3	3,0	7,0
159 – Dresden I	23,1	24,4	17,1	10,6	10,3	7,7	6,8
160 – Dresden II / Bautzen II	23,3	23,1	17,3	9,7	9,6	9,0	8,0
161 – Mittelsachsen	31,2	27,7	14,5	9,7	7,8	2,8	6,3
162 – Chemnitz	24,3	24,9	19,2	11,9	8,4	4,7	6,6
163 – Chemnitz Umland / ERZ II	26,8	30,6	15,3	10,6	7,7	2,8	6,2
164 – Erzgebirgskreis I	29,2	31,0	14,1	9,4	7,4	2,2	6,7
165 – Zwickau	26,2	30,3	16,6	10,8	7,6	2,9	5,6
166 – Vogtlandkreis	26,4	30,2	16,0	11,4	7,2	3,0	5,8
Freistaat Sachsen	27,0	26,9	16,1	10,5	8,2	4,6	6,7

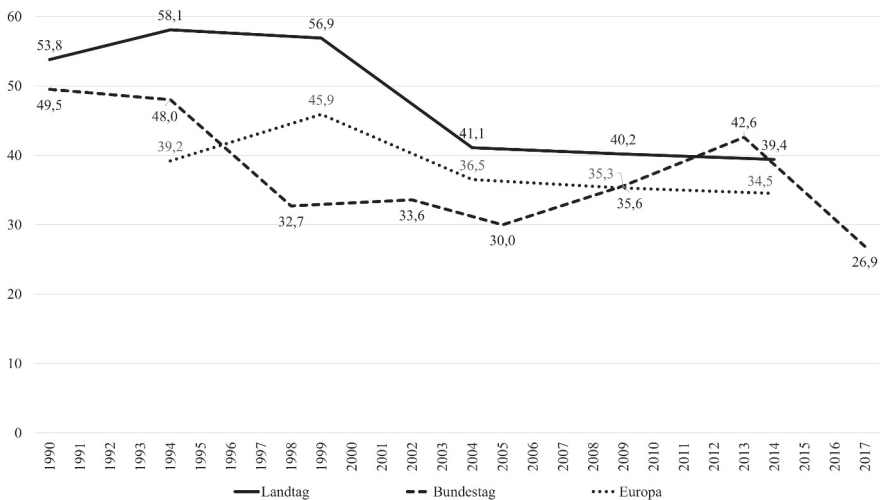
Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Landeswahlleiters.

Der Absturz der CDU hinter die AfD und die Verluste in den Wahlkreisen sind in dem seit 1990 durch »ein kompetitives Hegemonialparteiensystem«<sup>10</sup> geprägten Sach-

10 Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme, *Politik in Sachsen*, Wiesbaden 2014, S. 183. Für weitere Informationen über das sächsische Parteiensystem und die dominante Stellung der CDU siehe auch Christian Demuth / Jakob Lempp (Hg.), *Parteien in Sachsen*, Dresden/Berlin 2006; Gero Neugebauer, »Das Parteiensystem Sachsen« in: Uwe Jun / Melanie Haas /

sen so einschneidend, dass zurecht von einer »Zäsur im Freistaat«<sup>11</sup> gesprochen werden kann. In diesem Zusammenhang muss allerdings auf eine »[b]eispiellos (...) langanhaltende Differenz zwischen Bundes- und Landtagsergebnissen«<sup>12</sup> hingewiesen werden; ähnliche Unterschiede sind auch für die Europawahlen zu beobachten (Abb. 2). Die Kampagnen für überregionale Wahlen bieten vor allem der sich selbst als »Sächsische Union« apostrophierenden CDU keine Möglichkeit zur »Instrumentalisierung einer »sächsischen Identität««<sup>13</sup>. Allerdings war die Spitzenposition der Christdemokraten nur bei der – durch »die Kanzlerkandidatur des in Ostdeutschland wenig populären CSU-Politikers Edmund Stoiber und (...) das Krisenmanagement von Kanzler Gerhard Schröder beim Jahrhunderthochwasser«<sup>14</sup> determinierten – Bundestagswahl 2002 ernsthaft in Gefahr, als die CDU lediglich 0,3 Prozentpunkte vor der SPD gelegen hatte.

Abbildung 2: Wahlergebnisse der CDU in Sachsen seit 1990 (in Prozent)



Anmerkung: Bei den Landtags- und den Bundestagswahlen sind jeweils die Zweitstimmenanteile angegeben.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Landeswahlleiters.

Oskar Niedermayer (Hg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 387-408 und Werner Rellecke, »Sachsen – vom »roten Königreich« zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem« in: Andreas Kost / Werner Rellecke / Reinhold Weber (Hg.), *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart*, München 2010, S. 340-359.

11 Kochinke, Die CDU in Sachsen erlebt ihr blaues Wunder, aaO (FN 8), S. 5.

12 Jesse / Schubert / Thieme, Politik in Sachsen, aaO (FN 10), S. 183.

13 Thomas Schubert, *Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990-2004*, Wiesbaden 2011, S. 341.

14 Hendrik Träger, *Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990-2007)*, Frankfurt am Main 2011, S. 58.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 in Sachsen lassen sich also zweifellos als historisch charakterisieren und bieten aus mehreren Gründen das Potenzial für eine detaillierte Analyse, um – auch über die Grenzen des Freistaates hinaus – wichtige Erkenntnisse für die Politikwissenschaft, vordergründig für die Parteien- und die Wahlforschung, zu erhalten. Mit diesem Ziel werden die drei folgenden Aspekte untersucht:

- Der Wahlausgang kam vollkommen überraschend, weil die in den letzten Monaten veröffentlichten ›Sonntagsfragen‹ für Sachsen keineswegs erwarten ließen, dass die Christdemokraten einen solch desaströsen Absturz erleben würden. Wie lassen sich so große Differenzen zwischen den Umfragewerten und dem Wahlergebnis erklären? Wie könnte die Meinungsforschung auf die neue Situation reagieren? (Kap. 2)
- Bei einem Blick auf die Landkarte fällt eine klare Zweiteilung des Freistaates auf. Während in allen Regionen des östlichen Sachsens die AfD die stärkste Kraft ist, konnte die CDU – mit Ausnahme eines Leipziger Wahlkreises – in den anderen Landesteilen den ersten Platz verteidigen. Deshalb wird nach den Gründen für den Erfolg der ›Alternative für Deutschland‹ in weiten Teilen des Freistaates gesucht. Dafür werden die Gebiete, in denen die AfD mittlerweile stimmenstärkste Partei ist, hinsichtlich ausgewählter Parameter wie Ausländeranteil, Kriminalitätsrate und Infrastruktur genauer analysiert (Kap. 3).
- In einigen als ›sicher‹ geltenden Wahlkreisen verloren die Christdemokraten ihre Direktmandate; andernorts war die Entscheidung sehr knapp. In diesem Kontext werden einschlägige Ansätze aufgegriffen und dahingehend untersucht, ob die vorgeschlagenen Kriterien für die Klassifizierung von ›sicheren‹ Wahlkreisen und ›Hochburgen‹ weiterhin ausreichend sind (Kap. 4). Gibt es überhaupt noch ›sichere‹ Wahlkreise?

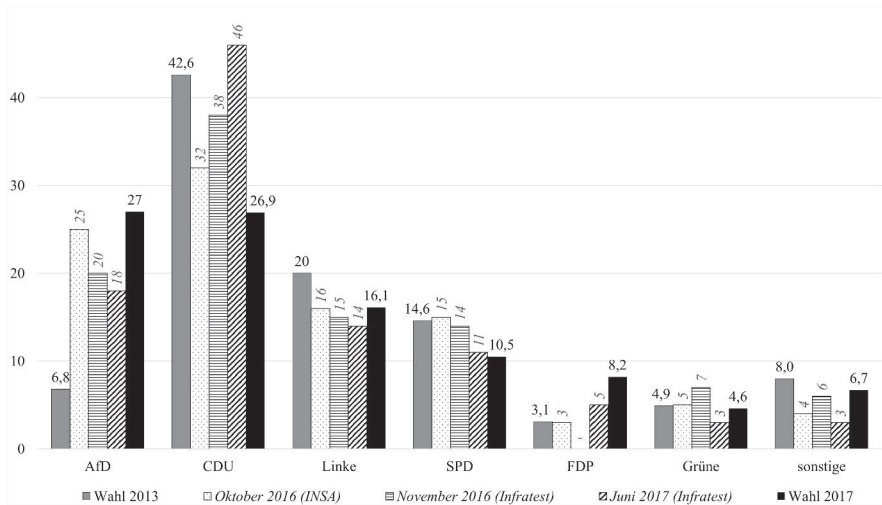
## 2. ›Sonntagsfragen‹ bei volatilem Wählerverhalten

Der Absturz der sächsischen CDU bei der Bundestagswahl 2017 war auch deshalb so überraschend, weil die drei für den Freistaat veröffentlichten ›Sonntagsfragen‹ kein enges Rennen erwarten ließen, sondern die CDU mit sieben bis 28 Prozentpunkten (sehr) deutlich vor der AfD sahen: Den kleinsten Vorsprung hatten die Christdemokraten im Oktober 2016 in einer ›INSA‹-Umfrage. Dieser Erhebung zufolge mussten die Christdemokraten (32 Prozent) zwar mit empfindlichen Verlusten im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 rechnen; aber ihre Position als stärkste Kraft schien nicht in Gefahr zu sein. Einen Monat später lag die CDU (38 Prozent) bei ›Infratest dimap‹ mit 18 Prozentpunkten klar in Führung; dieser Abstand vergrößerte sich bis Juni 2017 auf 28 Prozentpunkte (Abb. 3). Auch unter Berücksichtigung des ›Momentaufnahmen‹-Charakters, der unvermeidbaren Schwankungen, der Effekte von ›sozialer Erwünschtheit‹ beim Antwortverhalten und anderer Probleme bei der Meinungsforschung<sup>15</sup>

15 Dazu siehe exemplarisch Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2012; Anne Jessen, *Perspekti-*

konnte es also vor der Wahl »als sehr wahrscheinlich gelten«<sup>16</sup>, dass die CDU wieder stärkste Kraft im Freistaat werden würde.

Abbildung 3: Wahlergebnisse und ›Sonntagsfragen‹ (Zweistimmen; in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Landeswahlleiters und von <http://www.wahlrecht.de>.

Erhebliche Differenzen zwischen den Umfragewerten und dem Wahlergebnis lassen sich, wie bei einem bundesländerübergreifenden Vergleich deutlich wird, nicht nur für Sachsen konstatieren: Im zeitlichen Umfeld der letzten verfügbaren ›Sonntagsfrage‹ für den Freistaat veröffentlichte ›Infratest dimap‹ Erhebungen für Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen; in allen Fällen bestehen signifikante Veränderungen hinsichtlich des Abstandes zwischen CDU und AfD. Das gilt mit Werten zwischen 13 und 24 Prozentpunkten insbesondere für die ostdeutschen Länder; aber auch in Rheinland-Pfalz reduzierte sich der Vorsprung der CDU um zwölf Prozentpunkte.<sup>17</sup> Allerdings nur in Sachsen schmolz ein deutlicher Vorsprung so stark, dass die führende Partei letztlich sogar auf dem zweiten Platz landete.

ven der politischen Meinungsforschung. Demoskopische Ergebnisse im Spannungsfeld von Theorie, Praxis und Öffentlichkeit, Wiesbaden 2014; Rainer Schnell / Marcel Noack, »The Accuracy of Pre-Election Polling of German General Elections« in: *Methods, Data, Analyses* 8, Nr. 1 (2014), S. 5-24; Thorsten Faas / Dietrich Molthagen / Tobias Mörschel (Hg.), *Demokratie und Demoskopie. Machen Zahlen Politik?*, Wiesbaden 2017.

16 Hendrik Träger, *Die Parteien in Sachsen vor der Bundestagswahl 2017* (online abrufbar unter [http://sklk.de/wp-content/uploads/2017/07/SKLK\\_AP\\_3\\_2017\\_Traeger.pdf](http://sklk.de/wp-content/uploads/2017/07/SKLK_AP_3_2017_Traeger.pdf); letzter Zugriff: 03.11.2017), S. 20.

17 In Brandenburg sank der Abstand von 20 auf sieben Prozentpunkte, in Sachsen-Anhalt von 34 auf zehn Prozentpunkte, in Thüringen von 25 auf sechs Prozentpunkte und in Rheinland-Pfalz von 37 auf 25 Prozentpunkte; eigene Berechnungen anhand der auf [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de) veröffentlichten Umfragen von ›Infratest dimap‹.

Solch einschneidende Modifikationen im Stimmungsbild innerhalb von einem Vierteljahr können unter anderem mit der geringen Parteibindung in Ostdeutschland<sup>18</sup> sowie der damit einhergehenden Wechselbereitschaft und den »volatilen Eruptionen«<sup>19</sup> in den »neuen Ländern«<sup>20</sup> erklärt werden. Gerade die oft attestierte »Unberechenbarkeit der ostdeutschen Wählerschaft«<sup>21</sup> trägt dazu bei, dass Umfragen sogar wenige Monate vor einer Wahl mit einer erheblichen Ungenauigkeit konfrontiert sind. Am Beispiel Sachsens wird jedenfalls deutlich, dass auch seriös erstellte »Sonntagsfragen« offenbar kaum noch eine längerfristige Aussagekraft besitzen. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn sowohl in den betroffenen Fachdisziplinen als auch seitens der Meinungsforschungsinstitute über den künftigen Umgang mit dieser Situation diskutiert wird. Gänzlich auf Umfragen zu verzichten, wäre allerdings nicht überzeugend. Dass es keineswegs immer signifikante Abweichungen gibt, wird am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern – also einem ostdeutschen Bundesland – deutlich.<sup>22</sup>

Eventuell könnte die Lösung des oben dargestellten Problems in einer Anpassung der methodischen Vorgehensweise an eine sinkende Parteibindung und eine höhere Volatilität bestehen, indem beispielsweise parteigebundene und parteiungebundene Befragte stärker gewichtet werden. Auf diese Weise wäre es möglich, die Veränderungen beim Wahlverhalten zumindest etwas abschätzen zu können. Außerdem sollte bei der Veröffentlichung von Umfragen auf die Angaben von konkreten Zahlen (teilweise sogar mit einer Nachkommastelle) verzichtet werden, denn das vermittelt oft den Eindruck, als sei die Wahl bereits entschieden, und »überstrapaziert die Belastbarkeit der Zahlen erheblich«<sup>23</sup>. In diesem Punkt könnten sich die deutschen Meinungsfor-

18 Während nur etwa jeder zweite Ostdeutsche eine Parteibindung aufweist, ist der Anteil im Westen – trotz eines Rückgangs in den letzten Jahren – signifikant höher; vgl. Dieter Ohr / Markus Quandt, »Parteidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität« in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hg.), *Wählen in Deutschland* (= PVS-Sonderheft 45), Baden-Baden 2012, S. 182-207, S. 189.

19 Eckhard Jesse, »Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen« in: Astrid Lorenz (Hg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Opladen/Berlin/Farmington Hills 2011, S. 99-119, S. 110.

20 Für Ost-West-Vergleiche siehe unter anderem Hendrik Träger, »Wählt der Osten immer noch anders? Ein Vergleich der Wahlergebnisse des Jahres 2011 in Ost und West« in: *Deutschland-Archiv* 44, Nr. 4 (2011), S. 491-499, S. 498; ders., »Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46, Nr. 1 (2015), S. 57-81, S. 71-73.

21 Oscar W. Gabriel, »Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders?« in: Evelyn Bytzek / Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt am Main 2011, S. 157-176, S. 158.

22 Einer Ende Juli 2017 veröffentlichten »INSA«-Erhebung zufolge betrug der Abstand zwischen CDU und AfD zehn Prozentpunkte; bei der Wahl hatten die Christdemokraten sogar einen Vorsprung von 14 Prozentpunkten.

23 Thorsten Faas, »Demoskopische Befunde – ihre Hintergründe, ihre Verarbeitung, ihre Folgen: einige (ein)leitende Überlegungen« in: ders. / Dietrich Molthagen / Tobias Mörschel (Hg.), *Demokratie und Demoskopie. Machen Zahlen Politik?*, Wiesbaden 2017, S. 7-24, S. 18.

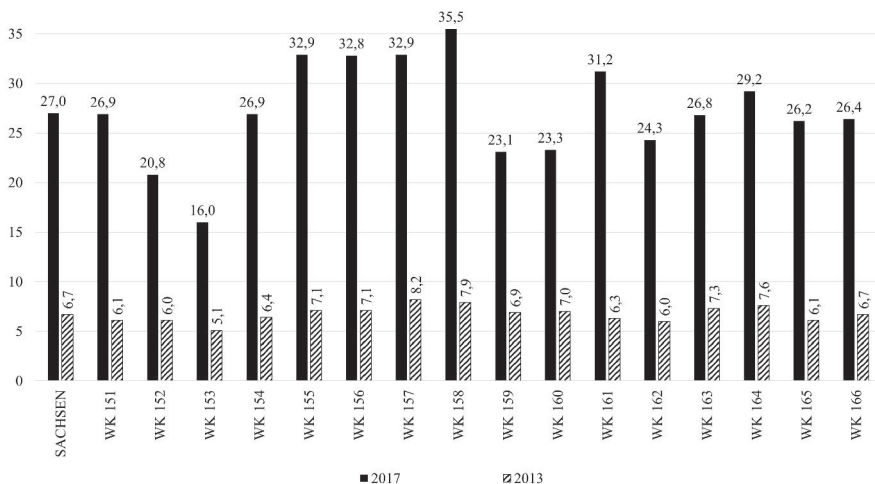


schungsinstitute auch ein Beispiel an anderen Ländern (unter anderem Österreich) nehmen und künftig Intervalle angeben.

### 3. AfD: die ›black box‹ der Wahlentscheidung

Die AfD, die stärkste Kraft in Sachsen wurde, teilt den Freistaat in zwei Gebiete: Den Regionen mit unter dem Landesergebnis liegenden Stimmenanteilen stehen sechs Wahlkreise gegenüber, in denen die Partei die meisten Zweitstimmen bekam. Das geschah sowohl mit einem hauchdünnen Vorsprung von 0,2 Prozentpunkten (Wahlkreis ›Dresden II / Bautzen II‹) als auch mit einem klaren Abstand von fast zehn Prozentpunkten (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Andernorts konnten die Christdemokraten den ersten Platz nur (vergleichsweise) knapp verteidigen. Im Wahlkreis ›Leipzig II‹ ist die AfD lediglich drittstärkste Partei, liegt aber auch dort vor der SPD, die landesweit auf dem vierten Platz und in zwei Wahlkreisen sogar auf dem fünften Platz rangiert. Das Größenverhältnis zwischen dem besten und dem schlechtesten Stimmenanteil der AfD in den sächsischen Wahlkreisen beträgt mehr als das Zweifache (*Abb. 4; siehe Tab. 1 oben*).

Abbildung 4: Die AfD in den sächsischen Wahlkreisen (Zweitstimmenanteile; in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Landeswahlleiters.

Die Diasporagebiete der sächsischen AfD, in denen die Partei aber sogar besser als bundesweit (12,6 Prozent) abgeschnitten hat, befinden sich in Leipzig. Innerhalb der Messestadt schwanken die Zweitstimmenanteile mit Werten zwischen 7,7 und 29,5 Prozent noch stärker als im Freistaat. In 16 der 63 Ortsteile schaffte es die AfD auf den ersten Platz; das sind zwei Ortsteile mehr als Die Linke und fast halb so viele wie die CDU. Zehn dieser Gebiete befinden sich in den Stadtbezirken ›Nordost‹ und ›West‹, sodass diese die Leipziger Hochburgen der AfD bilden. Demgegenüber



gibt es zwei Stadtbezirke (»Mitte«, »Süd«), wo die Partei in allen Ortsteilen – teilweise sehr deutlich – unter dem Leipziger Ergebnis liegt (*siehe Tab. A1 im Anhang*).

Angesichts der signifikanten Unterschiede sowohl zwischen den 16 Wahlkreisen als auch innerhalb einer Großstadt wie Leipzig wird nach möglichen Gründen für das Votum zugunsten der Partei gesucht. Weil für die regionale beziehungsweise lokale Ebene keine Ergebnisse von Wahltagsbefragungen vorliegen, wird eine Analyse hinsichtlich ausgewählter Strukturmerkmale durchgeführt. Über die möglichen Motive, für die AfD zu stimmen, und die sozio-ökonomischen Merkmale der Wählerschaft liegen zahlreiche politikwissenschaftliche Studien vor. Die wichtigsten Befunde werden im Folgenden zusammengetragen, bevor anschließend ein Rahmen für die Untersuchung der einschlägigen Wahlkreise und Leipziger Ortsteile erarbeitet wird:

- Die auch »als Resultat eines populistischen Zeitgeists«<sup>24</sup> bezeichnete AfD wird häufig nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung und Protest gegenüber den anderen Parteien gewählt. Bundesweit traf dies 2017 auf 61 Prozent der AfD-Wähler zu; demgegenüber wurden die anderen Parteien mehrheitlich aus Überzeugung gewählt.<sup>25</sup> Ähnlich war die Situation bereits bei einigen Landtagswahlen, weshalb Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter von »der Ansicht [sprechen; H.T.], dass *Angela Merkel* mit ihrer Politik einen Fehler gemacht habe, dass die etablierten Parteien die Sorgen der Bürger nicht ernst nähmen, dass mehr für Flüchtlinge als für Einheimische getan werde«<sup>26</sup>. In eine ähnliche Richtung argumentieren Rüdiger Schmitt-Beck, Jan W. van Deth und Alexander Staudt mit ihrem Hinweis auf eine »[g]enerelle Unzufriedenheit mit der Performanz der Regierungen in Bund und Land«<sup>27</sup>.
- Mit Blick auf die Faktoren, die eine Abstimmung zugunsten der AfD determinieren (können), nennen Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues unter anderem »einen signifikant positiven Einfluss der Arbeitslosenquote«<sup>28</sup> sowie einen Zusammenhang mit dem »Anteil von Einwohnern ohne deutsche Staatsbürgerschaft«<sup>29</sup>. Einer Erhebung der »SOEP-Welle 2015« zufolge haben diejenigen, die sich

24 David Bebnowski, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden 2015, S. 33.

25 Siehe dazu eine von »Infratest dimap« durchgeführte Wahltagsbefragung (online abrufbar unter <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>; letzter Zugriff: 06.11.2017).

26 Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter, »Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47, Nr. 2 (2016), S. 267-284, S. 276.

27 Rüdiger Schmitt-Beck / Jan W. van Deth / Alexander Staudt, »Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs« in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, online first doi:10.1007/s41358-017-0104-1.

28 Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues, »Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Nr. 1 (2017), S. 57-75, S. 68.

29 »Je höher der Anteil von Einwohnern ohne deutsche Staatsbürgerschaft in einer Universitätsstadt, desto geringer der AfD-Stimmenanteil« (ebd., S. 71).

der AfD zugeneigt fühlen, große Sorgen vor allem wegen der Zuwanderung, der Kriminalitätsentwicklung und dem Erhalt des Friedens.<sup>30</sup>

- Hinsichtlich der Sozialstruktur ihrer Anhängerschaft entspricht die AfD weder der »Prekariatspartei«<sup>31</sup> noch der »Partei der kleinen Leute«<sup>32</sup>, denn ihre Wähler verdienen mindestens durchschnittlich gut. Vor diesem Hintergrund schlagen Bergmann, Diermeier und Niehues »[d]ie an das Parteikürzel angelehnte Charakterisierung der AfD als einer Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener«<sup>33</sup> vor. Aufgrund des (vermuteten) Einflusses auf eine Abstimmung zugunsten der AfD werden im Folgenden der Ausländeranteil und die Arbeitslosenquote untersucht. Bei Ersterem wäre – dem oben angesprochenen Befund von Bergmann, Diermeier und Niehues folgend – zu erwarten, dass eine höhere Quote zu einem geringeren AfD-Stimmenanteil führt. Von einem umgekehrten Effekt ist demgegenüber hinsichtlich der Beschäftigungslosigkeit auszugehen. Angesichts der großen Sorgen von AfD-Anhängern vor der Kriminalitätsentwicklung wird auch die Zahl der Straftaten pro Einwohner berücksichtigt. Naheliegenderweise müsste die AfD in überdurchschnittlich von Verbrechen heimgesuchten Regionen mehr Wähler als andernorts haben. Außerdem werden die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten und die schulische Infrastruktur in die Analyse einbezogen, weil sich die AfD in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung einsetzte<sup>34</sup> und weil »die desolate Situation an den Schulen sowie der Lehrermangel«<sup>35</sup> nach der Bundestagswahl 2017 als das drängendste Problem im Freistaat genannt wurde. Dem bei AfD-Wählern häufig anzutreffenden Gefühl des »Abgehängtsein« folgend, wäre zu erwarten, dass in Regionen mit wenigen niedergelassenen Ärzten und wenigen Schulen der Stimmenanteil für die »Alternative für Deutschland« höher ist als andernorts. Oder anders formuliert: Die »Hochburgen« der AfD müssten also überdurchschnittliche Werte bei der Arbeitslosigkeit und der Kriminalitätsrate, viele Einwohner je niedergelassenem Arzt und viele Schüler pro Schule einerseits sowie einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil andererseits aufweisen. Die schulische Infrastruktur kann aufgrund der vorliegenden Statistiken nur für die Leipziger Ortsteile berücksichtigt werden.

30 Vgl. ebd., S. 64.

31 Ebd., S. 57.

32 Niedermayer / Hofrichter, Die Wählerschaft der AfD, aaO. (FN 26), S. 283.

33 Bergmann / Diermeier / Niehues, Die AfD (FN 28), S. 57.

34 Vgl. Alternative für Deutschland, *Programm für Deutschland* (online abrufbar unter <http://www.afd.de/wahlprogramm>; letzter Zugriff: 06.11.2017), S. 60.

35 Sächsische Zeitung, »Wenige halten Kretschmer für guten Tillich-Nachfolger« (online abrufbar unter <http://www.sz-online.de/sachsen/wenige-halten-kretschmer-fuer-guten-tillich-nachfolger-3805823.html>; letzter Zugriff: 06.11.2017).

Tabelle 2: Ausgewählte Strukturmerkmale der kreisfreien Städte und Landkreise

	Ausländer- anteil (2016)	Arbeitslosen- quote (Sept. 2017)	Straftaten je 1.000 Einwohner (2017)	Einwohner je Arzt (2016)
<b>Kreisfreie Städte</b>				
Chemnitz	6,6%	7,3%	103,2	537
Dresden (AfD)*	6,3%	6,3%	143,3	483
Leipzig	8,3%	7,4%	139,0	449
<b>Landkreise</b>				
Bautzen (AfD)	2,1%	5,6%	49,7	699
Erzgebirgskreis	2,0%	4,8%	34,3	751
Görlitz (AfD)	3,8%	8,4%	78,7	706
Leipzig	2,2%	5,6%	56,1	636
Meißen (AfD)	2,7%	6,0%	50,2	637
Mittelsachsen (AfD)	3,0%	5,4%	38,1	774
Nordsachsen	3,4%	7,2%	60,7	681
Sächs. Schweiz-Osterz. (AfD)	2,5%	5,2%	52,9	715
Vogtlandkreis	2,9%	5,3%	60,0	704
Zwickau	2,9%	5,4%	46,6	664
<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>4,2%</b>	<b>6,2%</b>	<b>79,2</b>	<b>604</b>

Anmerkungen:

- Die Spalte »Einwohner je Arzt« bezieht sich ausschließlich auf die niedergelassenen Ärzte.
- Mit dem Zusatz »(AfD)« sind die kreisfreien Städte und Landkreise markiert, in denen die AfD die meisten Zweitstimmen erhielt. In Dresden (\*) gibt es zwei Wahlkreise.
- Grau hinterlegt sind die Regionen mit einem Wert über dem Landesdurchschnitt.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Informationen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, der »Polizeilichen Kriminalstatistik« des Landeskriminalamtes Sachsen und der Bundesagentur für Arbeit.

Die Auswertung der einzelnen Parameter führt zu Resultaten, die wegen ihrer Ambivalenz oft keine eindeutige Interpretation erlauben. Zum einen ergibt sich bei einigen Punkten kein einheitliches Bild; zum anderen bestehen teilweise auch sehr große Differenzen zwischen den AfD->Hochburgen« in den Landkreisen und denen in den Leipziger Ortsteilen:

- Die Ausländeranteile sind in den Wahlkreisen, in denen die AfD stärkste Partei wurde, (oft weit) unterdurchschnittlich; demgegenüber lässt sich für die einschlägigen Leipziger Ortsteile kein Muster erkennen (Tab. 2 und 3). Deshalb kann der oben vorgestellte Befund von Bergmann, Diermeier und Niehues allenfalls für die ländlichen Regionen, nicht jedoch für eine Großstadt wie Leipzig bestätigt werden.

- Umgekehrtes scheint hingegen für den Einfluss der Arbeitslosenquote zu gelten, denn dieser Punkt trifft für 13 der 16 relevanten Leipziger Ortsteile und den Landkreis Görlitz zu, während in den anderen Wahlkreisen vergleichsweise wenige Menschen erwerbslos sind. Besonders interessant ist der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge; dort treffen die niedrigste Arbeitslosenquote im Freistaat und der höchste Zweitstimmenanteil der AfD aufeinander (*Tab. 2 und 3*). Es kann also vermutet werden, dass es bei der Einordnung der »Alternative für Deutschland« als »Prekariatspartei« Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen und den Stadtteilen einer Metropole gibt.
- Hinsichtlich der Kriminalitätsrate ergibt sich ein klares Bild. Nur in einem der einschlägigen Landkreise (Görlitz) wurden durchschnittlich viele Straftaten verübt; und in einem Drittel der relevanten Leipziger Ortsteile liegen die Werte über dem Landesdurchschnitt (*Tab. 2 und 3*). Die AfD-»Hochburgen« sind also keineswegs Brennpunkte von Gewalt und Verbrechen. Die AfD-Wähler/innen scheinen sich wegen der Kriminalitätsentwicklung große Sorgen zu machen, obgleich ihr direktes Lebensumfeld vergleichsweise sicher ist. Demzufolge scheint die subjektive Sicherheitsgefühl<sup>36</sup> entweder zwischen den Anhängerschaften der einzelnen Parteien oder zwischen den Regionen zu divergieren.
- Anders stellt sich die Situation bei der Versorgung mit Ärzten dar. Sowohl auf der Ebene der Wahlkreise als auch innerhalb der Leipziger Ortsteile zeichnen sich die AfD-»Hochburgen« – von vier Ausnahmen in der Messestadt abgesehen – durch eine (teilweise sogar weit) überdurchschnittlich hohe Anzahl von Einwohnern pro niedergelassenem Mediziner aus. Die Bürger/innen in den betroffenen Gebieten sehen sich also nicht ohne Grund infrastrukturell benachteiligt; und diese Situation spiegelt sich dann offenbar im Wahlverhalten wider. Allerdings besteht wiederum keine zwangsläufige Kausalität zwischen vielen (potenziellen) Patienten pro Arzt einerseits und einem hohen Stimmenanteil für die AfD andererseits, denn auch die Landkreise, in denen die AfD vergleichsweise schlecht abschnitt, liegen bei der medizinischen Versorgung über dem Durchschnitt. Gleiches gilt für drei der vier Leipziger Stadtbezirke, in denen die AfD keinen einzigen Ortsteil gewonnen hat.
- Ein ähnlich ambivalenter Befund ergibt sich mit Blick auf die Anzahl der Schüler pro Schule. In neun der 16 Leipziger Ortsteile, in denen die AfD stärkste Partei wurde, liegt die entsprechende Kennziffer unter dem Durchschnitt der Messestadt; für sieben Ortsteile gilt hingegen Umgekehrtes. Es gibt also Gebiete mit niedrigen Werten bei diesem Parameter, und trotzdem wurde dort die AfD die stärkste Partei. Allerdings lässt sich für mehrere Stadtbezirke wiederum auch Spiegelbildliches konstatieren (*Tab. 3*).

36 »Der Begriff »Subjektives Sicherheitsgefühl« bezeichnet die Einschätzung des Einzelnen seiner Sicherheit oder – aus umgekehrtem Blickwinkel – der Gefahr, dass seine Rechtsgüter beeinträchtigt werden«; Christoph S. Schewe, »Subjektives Sicherheitsgefühl« in: Hans-Jürgen Lange (Hg.), *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*, Wiesbaden 2006, S. 322–325, S. 322.

Mit Blick auf alle berücksichtigten Parameter kann festgestellt werden, dass nur hinsichtlich der medizinischen Versorgung ein Zusammenhang mit der Stimmenabgabe zugunsten der AfD bestehen könnte. Das müsste jedoch in künftigen Studien weiter analysiert werden, bevor von einer unmittelbaren Kausalität gesprochen werden kann. Gleiches gilt dafür, dass sowohl für alle Wahlkreise als auch für alle 63 Leipziger Ortsteile zu beobachten ist, dass entweder die AfD oder Bündnis 90/Die Grünen überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielte(n), aber niemals beide Parteien gleichzeitig. Dieser Effekt ist für keine andere Konstellation von Parteien zu beobachten (siehe Tab. 1 und Tab. A1 im Anhang).

Tabelle 3: Ausgewählte Strukturmerkmale in den Leipziger AfD-Hochburgen<sup>a</sup>

	Ausländeranteil (2017)	Arbeitslosenquote (2017)	Straftaten je 1.000 Einw. (2016)	Einwohner je Arzt (2016)	Schüler pro Schule (2016/17)
<b>Leipzig</b>	<b>9,5%</b>	<b>5,4%</b>	<b>156</b>	<b>509</b>	<b>322</b>
<i>St.-bez. Mitte (0–0)</i>	<i>15,4%</i>	<i>3,4%</i>	<i>379</i>	<i>175</i>	<i>418</i>
<i>St.-bez. Nordost (83–100)</i>	<i>9,6%</i>	<i>7,0%</i>	<i>144</i>	<i>715</i>	<i>361</i>
Schönefeld-Abnauendorf	14,0%	7,3%	119	698	216
Schönefeld-Ost	10,6%	8,5%	98	648	315
Mockau-Süd	10,1%	8,2%	128	kein Arzt	412
Mockau-Nord	7,2%	7,3%	259	463	553
Thekla	6,2%	4,9%	99	833	454
<i>St.-bez. Ost (20–70)</i>	<i>14,5%</i>	<i>7,0%</i>	<i>149</i>	<i>932</i>	<i>297</i>
Sellerhausen-Stünz	10,9%	7,4%	149	2.220	266
Paunsdorf	12,9%	9,9%	167	557	261
<i>St.-bez. Südost (33–67)</i>	<i>6,1%</i>	<i>4,2%</i>	<i>114</i>	<i>459</i>	<i>290</i>
Meusdorf	4,2%	4,4%	55	kein Arzt	168
Liebertwolkwitz*	1,9%	3,5%	63	663	336
<i>St.-bez. Süd (0–40)</i>	<i>6,2%</i>	<i>4,6%</i>	<i>111</i>	<i>596</i>	<i>349</i>
<i>St.-bez. Südwest (0–67)</i>	<i>6,6%</i>	<i>4,5%</i>	<i>123</i>	<i>619</i>	<i>345</i>
<i>St.-bez. West (71–100)</i>	<i>10,9%</i>	<i>8,9%</i>	<i>111</i>	<i>795</i>	<i>252</i>
Schönau	6,7%	9,4%	136	1.513	123
Grünau-Ost	7,4%	8,0%	84	1.276	233
Grünau-Mitte	18,7%	11,4%	158	817	247
Lausen*-Grünau	8,6%	8,7%	100	473	206
Grünau-Nord	14,0%	10,2%	101	1.077	369

	Ausländer- anteil (2017)	Arbeits- losen- quote (2017)	Straftaten je 1.000 Einw. (2016)	Einwohner je Arzt (2016)	Schüler pro Schule (2016/17)
<i>St.-bez. Alt-West (17–67)</i>	7,8%	5,7%	134	669	340
Neulindenau	5,8%	6,1%	160	357	354
<i>St.-bz. Nordwest (25–100)</i>	8,1%	5,0%	130	1.224	298
Möckern	12,1%	6,6%	185	960	393
<i>St.-bez. Nord (0–67)</i>	7,2%	3,9%	113	546	289

Anmerkungen:

- Die Spalte »Einwohner je Arzt« bezieht sich ausschließlich auf die niedergelassenen Ärzte.
- Grau hinterlegt sind die Stadtbezirke und Ortsteile, in denen der jeweilige Wert über dem Durchschnitt der gesamten Stadt liegt. Die entsprechenden Felder symbolisieren beispielsweise eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote.
- Hinter dem Namen der Stadtbezirke sind in Klammern – jeweils in Prozent – angegeben, in wie vielen Ortsteilen des Bezirkes die AfD stärkste Partei (1. Wert) wurde beziehungsweise einen über dem Ergebnis für die gesamte Stadt liegenden Zweitstimmenanteil (2. Wert) erzielte. Lesebeispiel: Im Stadtbezirk »Ost« war die AfD in 20 Prozent der Ortsteile stärkste Kraft; in 70 Prozent der Ortsteile lag der Zweitstimmenanteil über dem Leipziger Durchschnitt.
- Die mit einem Sternchen (\*) gekennzeichneten Ortsteile wurden erst nach 1990 in das Stadtgebiet eingemeindet und sind häufig durch eine ländliche, teilweise sogar dörfliche Struktur charakterisiert.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Informationen des Leipziger Amtes für Statistik und Wahlen.

Signifikante Auswirkungen auf die Wahl der AfD scheinen auch hinsichtlich der organisatorischen Verankerung der Parteien auf der regionalen Ebene möglich zu sein:<sup>37</sup> Mit Ausnahme des Landkreises Meißen liegt die Rekrutierungsquote der Parteien in den AfD-»Hochburgen« mindestens auf dem durchschnittlichen Niveau des Freistaates. Allerdings fallen deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Parteien auf, denn während die CDU vergleichsweise viele Mitglieder hat, haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und teilweise auch die Linke nur sehr kleine Kreisverbände.<sup>38</sup> Diese »tabula rasa«-Situation in einigen Gebieten des Freistaates dürfte eine intensive Parteiarbeit vor Ort und damit zusammenhängend den demokratischen Wettbewerb zwischen den Parteien erheblich erschweren. Davon könnte die AfD besonders profitieren, indem sie ohne großen organisatorischen Aufwand vor Ort aktiv sein und sich als Alternative zu den Christdemokraten präsentieren kann. In diesem Zusammenhang gäbe es aus der Perspektive der Parteien- und der Wahlforschung lohnenswerte Anknüpfungspunkte für Analysen der organisatorischen Verankerung von Parteien auf der lokalen bezie-

37 Für die einzelnen Leipziger Ortsteile liegen keine Mitgliederzahlen der Parteien vor, weshalb dieser Aspekt lediglich für die Landkreise und kreisfreien Städte betrachtet werden kann.

38 Eigene Berechnungen für das Jahr 2012, wobei für die FDP liegen keine Daten vor; siehe Hendrik Träger / Jan Pollex, »Oberbürgermeister- und Landratswahlen zwischen struktureller Schwäche und kommunalpolitischer Erfahrung: eine Analyse der Direktwahlen in Sachsen (1994–2015)« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47, Nr. 3 (2016), S. 636–656, S. 645.

hungsweise regionalen Ebene sowie einer eventuell bestehenden Kausalität mit den Wahlergebnissen der AfD.

#### 4. Wahlkreise: Ist ›sicher« wirklich noch ›sicher«?

Ihr ›blaues Wunder« erlebte die sächsische CDU auch bei den Erststimmen: Hatte die Partei 2009 und 2013 noch alle Direktmandate im Freistaat gewonnen, verlor sie 2017 drei Wahlkreise an die AfD und einen an die Linke. Während Letzteres in dem als politisch umkämpft geltenden Leipziger Süden geschah, konnten sich die Kandidaten der AfD sogar in drei Regionen durchsetzen, in denen die Christdemokraten 2013 mit 27,9 bis 31,1 Prozentpunkten deutlich in Führung gelegen hatten (*Tab. 4*). Angesichts dieser erdrutschartigen Verluste stellt sich die Frage, ob Wahlkreise überhaupt noch als ›sicher« gelten können. Deshalb werden mehrere Konzepte für ›sichere« oder ›stabile« Wahlkreise beziehungsweise ›Hochburgen« vorgestellt und auf dieser Basis eine empirische Analyse für die letzten Bundestagswahlen durchgeführt.

Seit Ende der 1960er-Jahre beschäftigten sich sowohl Politikwissenschaftler als auch Staatsrechtler mit ›sicheren« Wahlkreisen und entwickelten dafür unterschiedliche Maßstäbe:

- Für Heino Kaack waren Wahlkreise bei einem Stimmenvorsprung von mindestens 24 Prozentpunkten ›sehr stabil« beziehungsweise bei einem – von der »Dauer der Vorherrschaft«<sup>39</sup> der jeweiligen Partei abhängigen – Abstand von acht bis 16 Prozentpunkten immerhin noch ›stabil«. Diese Parameter würden aber »allein noch nicht ausreichen«<sup>40</sup>, weshalb »ein Wahlkreis nur dann als stabil bezeichnet werden kann, wenn auch bei Fortsetzung der letzten Stimmrentrends das Direktmandat in der Hand derselben Partei bleibt.«<sup>41</sup> Dem ›24-Prozentpunkte-Kriterium« folgend konnten vor der Bundestagswahl 2017 neun sächsische Wahlkreise als ›sehr stabil« gelten. In sechs Gebieten konnte sich die CDU (teilweise knapp) behaupten, während sie andernorts drei Direktmandate an die AfD verlor. Mittlerweile wird nirgendwo das von Kaack aufgestellte Kriterium erfüllt (*Tab. 4*).
- Genauso wie Kaack bezieht sich Bodo Zeuner auf den Stimmenvorsprung. Allerdings hält er zehn Prozentpunkte für ausreichend, ohne diesen vergleichsweise geringen Abstand zu begründen.<sup>42</sup> Aufgrund der niedrigen Hürde verwundert es kaum, dass vor der Bundestagswahl 2017 fast alle Wahlkreise als ›sicher« gelten konnten; die einzige Ausnahme stellte der Leipziger Süden dar. Seit September 2017 wird Zeuners ›Zehn-Prozentpunkte-Kriterium« nirgendwo erfüllt (*Tab. 4*).

39 Heino Kaack, *Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese. Regionale Stimmenverteilung, Chancen der Kandidaten und Ausleseverfahren, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1965*, Köln/Opladen 1969, S. 56.

40 Ebd.

41 Ebd.

42 Vgl. Bodo Zeuner, *Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese*, Den Haag 1970, S. 27.



- Drei Jahrzehnte nach Kaack und Zeuner charakterisierte Peter Schindler – »[m]it einer gewissen Willkür und aus methodischen Gründen«<sup>43</sup> – Wahlkreise mit Stimmenanteilen von mindestens 55 Prozent als »Hochburgen«. Diese Bedingung erfüllte in Sachsen nach den drei letzten Bundestagswahlen (2009, 2013, 2017) kein einziger Wahlkreis, sodass sich sogar für die im Freistaat lange Zeit dominierende CDU keine entsprechend definierten Hochburgen ergeben.
- Im Gegensatz zu ihren Kollegen hebt Suzanne S. Schüttemeyer nicht auf Prozentwerte, sondern – mit Verweis auf die im Bundeswahlgesetz niedergeschriebenen Vorschriften für eine Neugliederung von Wahlkreisen – auf die (absolute) Anzahl der Stimmen ab und betrachtet einen Vorsprung von 30.000 Stimmen als ausreichend.<sup>44</sup> Diesem Ansatz folgend galten vor der Bundestagswahl 2017 zehn Wahlkreise in Sachsen als »sicher«. In sieben Fällen konnte die CDU tatsächlich reüssieren; die drei anderen Mandate verlor die Partei trotz ihrer scheinbar dominanten Position an die AfD.
- Hans Herbert von Arnim stellt in seinem nach der Bundestagswahl 2002 präsentierten Vorschlag zwei Bedingungen auf: Wie bei den anderen Konzepten ist auch hier ein – allerdings hinsichtlich der Höhe sowohl zwischen »Ost« und »West« als auch zwischen SPD und CDU variierender – Stimmenvorsprung vorgesehen.<sup>45</sup> Die entsprechenden Werte für Ostdeutschland<sup>46</sup> liegen bei zehn (CDU) beziehungsweise 25 Prozentpunkten (SPD). Außerdem muss die jeweilige Partei den Wahlkreis bei den letzten drei Abstimmungen gewonnen haben, sodass – ähnlich wie bereits von Kaack vorgeschlagen – die längerfristige Entwicklung berücksichtigt wird.<sup>47</sup> Diese beiden Kriterien erfüllte die CDU vor der Bundestagswahl 2017 in 13 sächsischen Wahlkreisen, von denen jedoch drei an die AfD verloren gingen. Mittlerweile kann keine Region mehr für irgendeine Partei als »sicher« gelten (Tab. 4).
- Im Jahr 2017 definierten Anastasia Pyschny und Daniel Hellmann nach einer Auswertung der Wahlen seit 1998 einen »Erststimmenvorsprung von 17 Prozentpunkten«<sup>48</sup> als ausreichend. Demzufolge konnten vor der Bundestagswahl 2017 14 sächsische Wahlkreise als »sicher« gelten; das waren acht Regionen mehr als vier Jahre zuvor. Drei der »sicher« geglaubten Mandate verlor die CDU jedoch an die AfD, ob-

43 Vgl. Peter Schindler, *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden*, Baden-Baden 1999, Bd. 2, S. 239.

44 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer, »Wer wählt wen wie aus? Pfade in das unerschlossene Terrain der Kandidatenaufstellung« in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 51, Nr. 2 (2002), S. 145-159.

45 Die Unterschiede zwischen »Ost« und »West« werden unter anderem damit erklärt, dass in Ostdeutschland »das Wählerverhalten größere Schwankungen aufweist als im Westen«; Hans Herbert von Arnim »Wahl ohne Auswahl. Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten« in: Andreas M. Wüst (Hg.) *Politbarometer*, Wiesbaden 2003, S. 125-142, S. 135.

46 Von Arnim bezieht sich sogar ausdrücklich auf Brandenburg und Sachsen.

47 Vgl. von Arnim, Wahl ohne Auswahl, aaO. (FN 45), S. 135.

48 Anastasia Pyschny / Daniel Hellmann, »Wann ist »sicher« sicher? Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise im Vergleich« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Nr. 2 (2017), S. 350-369, S. 369.

wohl die christdemokratischen Bewerber 2013 mit Abständen zwischen 27,9 und 31,1 Prozentpunkten gewonnen hatten (Tab. 4).

Tabelle 4: »Sichere« Wahlkreise in Sachsen? (Stimmenvorsprung; in Prozentpunkten)

	2002	2005	2009	sicher?	2013	sicher?	2017	sicher?
151 – Nordsachsen	CDU	CDU	CDU (15,2)	2	CDU (23,8)	3	CDU (6,0)	0
152 – Leipzig I	SPD	SPD	CDU (6,7)	0	CDU (16,6)	1	CDU (7,0)	0
153 – Leipzig II	SPD	SPD	CDU (3,5)	0	CDU (9,4)	0	Linke (0,7)	0
154 – Leipzig-Land	SPD	CDU	CDU (19,1)	2	CDU (29,9)	5	CDU (5,4)	0
155 – Meißen	CDU	CDU	CDU (23,9)	3	CDU (35,9)	5	CDU (5,7)	0
156 – Bautzen I	CDU	CDU	CDU (17,2)	3	CDU (27,9)	5	AfD (2,6)	0
157 – Görlitz	CDU	CDU	CDU (18,1)	3	CDU (29,9)	5	AfD (1,0)	0
158 – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	CDU	CDU	CDU (24,8)	5	CDU (31,2)	5	AfD (8,6)	0
159 – Dresden I	CDU	CDU	CDU (12,6)	2	CDU (17,6)	3	CDU (2,2)	0
160 – Dresden II / Bautzen II	CDU	CDU	CDU (16,9)	2	CDU (22,7)	4	CDU (3,2)	0
161 – Mittelsachsen	CDU	CDU	CDU (20,4)	3	CDU (31,6)	5	CDU (0,9)	0
162 – Chemnitz	SPD	SPD	CDU (6,2)	0	CDU (17,9)	2	CDU (2,6)	0
163 – Chemnitzer Umland / Erzgebirgskreis II	CDU	CDU	CDU (15,9)	2	CDU (27,7)	5	CDU (8,5)	0
164 – Erzgebirgskreis I	CDU	CDU	CDU (16,6)	2	CDU (29,6)	5	CDU (4,5)	0
165 – Zwickau	CDU	CDU	CDU (10,7)	2	CDU (20,0)	3	CDU (8,0)	0
166 – Vogtlandkreis	CDU	CDU	CDU (16,0)	2	CDU (27,6)	5	CDU (9,0)	0

Anmerkungen: Die Zahl in den Spalten »sicher?« gibt die Anzahl der Konzepte an, nach denen der jeweilige Wahlkreis als »sicher« gilt. Die Wahlkreisnummern sind mit dem Stand von 2017 angegeben. Im Jahr 2009 musste Sachsen einen Wahlkreis abgeben, weshalb es mancherorts zu Modifikationen beim Zuschnitt der Wahlkreise kam.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Informationen des Landeswahlleiters.

Die kurze Analyse macht deutlich, dass die Anzahl der als »sicher« geltenden Wahlkreise zwischen den einzelnen Konzepten erheblich variiert. Deshalb wird eine Indexbildung vorgenommen, bei der für jeden Wahlkreis gezählt wird, wie viele Kriterien zuletzt erfüllt werden. Bei sechs Ansätzen können sich Werte zwischen »0« und »6« ergeben. Je höher die Zahl ist, desto wahrscheinlicher dürfte ein Sieg der Partei sein, denn die Höhe korrespondiert mit der Anzahl der Bedingungen.

Nach einer entsprechenden Auswertung für Sachsen muss konstatiert werden, dass seit der Bundestagswahl 2017 kein Wahlkreis mehr – nach irgendeinem der vorgestellten Konzepte – als »sicher« gelten kann. Mittlerweile sind alle Regionen mit Abständen zwischen 0,7 und 9,0 Prozentpunkten stark umkämpft, weshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzbar ist, welche Partei bei dem nächsten Urnengang die Direktmandate gewinnen wird. Das gilt sogar für die neun Wahlkreise, in denen die CDU 2013 den höchsten gemessenen Wert (»5«) erreicht hatte. Diesen Wert wies die CDU beispielsweise im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowohl 2009 als auch 2013 auf und verlor trotzdem 2017 das Direktmandat an Frauke Petry (AfD). Nun ließen sich in diesem Fall die Prominenz der damaligen Bundes- sowie Landesvorsitzenden der »Alternative für Deutschland« und die daraus resultierende Zugkraft im Wahlkampf als Erklärungen anführen. Dem kann jedoch entgegnet werden, dass in zwei anderen Regionen mit hohen Werten für die CDU – »3« (2009) beziehungsweise »5« (2013) – vergleichsweise unbekannte AfD-Bewerber gewannen. Im Wahlkreis Görlitz musste sich der Mandatsinhaber Michael Kretschmer nach vier Siegen gegen den AfD-Kreisvorsitzenden Tino Chrupalla, der bisher nicht einmal auf der kommunalen Ebene, also im Stadtrat oder im Kreistag, ein politisches Mandat innehatte, geschlagen geben.

### 5. Fazit

Welche Befunde ergeben sich denn nun aus den sächsischen Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 für die Parteien- und die Wahlforschung? Mit Blick auf die Meinungsumfragen ist es angesichts abnehmenden Parteibindung und der steigenden Volatilität der Wählerinnen und Wähler sowie der damit einhergehenden Schwankungen überlegenswert, die Antworten von parteigebundenen und parteiungebundenen Befragten stärker zu gewichten, um so die Aussagekraft der »Sonntagsfragen« zu verbessern. Außerdem könnte bei der Präsentation der Umfrage von der Angabe konkreter Werte (teilweise sogar mit einer Nachkommastelle) auf Intervalle umgestellt werden, wie es bereits in anderen Ländern üblich ist. Dadurch würde klarer werden, dass die Umfragen keine Ergebnisse, sondern nur Momentaufnahmen abbilden.

Hinsichtlich der Frage, warum die AfD in einigen Regionen stärkste Kraft wurde, können bisher nur ambivalente Ergebnisse und Vermutungen präsentiert werden. Die AfD-»Hochburgen« zeichnen sich nicht durch überall auftretende charakteristische Merkmale auf. Allenfalls bezüglich der Quantität der medizinischen Versorgung mit niedergelassenen Ärzten ließe sich in einigen Teilen des Landes ein Gefühl des infra-

strukturellen Abgehängtseins und damit zusammenhängend ein Motiv für die Stimmenabgabe zugunsten der AfD als Protestpartei ableiten. Teilweise gleicht die Wahlentscheidung noch einer ›black box‹, die sowohl der Parteien- als auch der Wahlforschung einige Anknüpfungspunkte für künftige Forschungsvorhaben liefert.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 in Sachsen haben auch gezeigt, dass selbst über Jahre hinweg als ›sicher‹ geltende Wahlkreise verlorengehen können. Deshalb wäre es wünschenswert, die Effektivität der einschlägigen Konzepte und Kriterien anhand von Untersuchungen, die sich nicht nur auf den Freistaat beschränken, zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen zu vorzunehmen. Falls Letzteres nicht stichhaltig möglich ist, müsste konstatiert werden, dass es – zumindest in manchen Regionen – keine Wahlkreise mehr gibt, die auf wissenschaftlich vertretbarer Grundlage wirklich als ›sicher‹ gelten können. An einer solchen Stelle würden die Grenzen von seriöser Wissenschaft deutlich werden.

### *Zusammenfassung*

In Sachsen wurde die AfD bei der Bundestagswahl 2017 stärkste Partei und gewann die Direktmandate in drei Wahlkreisen, die für die seit 1990 dominierende CDU als ›sicher‹ galten. Welche Rückschlüsse können aus diesem als historisch zu charakterisierenden Ergebnis über die politische Landschaft des Freistaates hinausgehend für die Politikwissenschaft gezogen werden? Welche Befunde ergeben sich vor allem für die Parteien- und die Wahlforschung? An welchen Punkten besteht großes Potenzial für neue Forschungsfragen und detaillierte Analysen? Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden Beitrag (1) die längerfristige Aussagekraft von Meinungsumfragen analysiert, (2) nach möglichen Gründen für ein Votum zugunsten der AfD recherchiert und (3) hinterfragt, ob Wahlkreise wirklich noch als ›sicher‹ gelten können.

### *Summary*

The German *Bundestag* Election 2017 was a historic event. In the federal state Saxony, the right-wing party ›Alternative für Deutschland‹ (›Alternative for Germany‹) received the most votes and won the direct mandates in three constituencies which were considered ›safe‹ for the CDU. What conclusions can be drawn from this result for the political science? What are the important findings for party and election research? Where is potential for new research questions and detailed analysis? Against this background, the article analyzes the longer-term validity of opinion polls, searches for possible reasons for a vote in favor of the AfD and raises the question whether constituencies can still be considered ›safe‹.

*Hendrik Träger, German Bundestag Election 2017 in Saxony*

## Anhang

Tabelle A1: Ergebnisse in den Leipziger Ortsteilen (Zweitstimmenanteile; in Prozent)

	AfD	CDU	Linke	SPD	FDP	Grüne	andere
<b>Leipzig</b>	<b>18,3</b>	<b>22,7</b>	<b>21,0</b>	<b>13,0</b>	<b>8,5</b>	<b>8,8</b>	<b>7,7</b>
<i>Stadtbezirk Mitte</i>							
Zentrum	18,1	23,7	16,6	12,6	14,6	9,4	5,0
Zentrum-Ost	12,0	25,5	19,3	13,1	11,7	11,3	7,1
Zentrum-Südost	13,4	21,0	23,1	12,9	10,0	11,6	8,0
Zentrum-Süd	10,4	22,2	22,6	13,2	10,5	14,7	6,4
Zentrum-West	11,3	23,7	19,5	12,8	12,6	13,2	6,9
Zentrum-Nordwest	9,9	25,4	16,9	13,1	13,4	15,9	5,4
Zentrum-Nord	12,9	25,2	19,0	13,0	12,2	11,2	6,5
<i>Stadtbezirk Nordost</i>							
Schönefeld-Abtnaund.	21,0	20,3	20,8	12,7	7,4	7,1	10,7
Schönefeld-Ost	24,7	24,5	19,4	15,9	6,5	3,2	5,8
Mockau-Süd	26,0	21,2	18,7	12,6	7,8	3,8	9,9
Mockau-Nord	27,8	24,3	17,3	13,6	7,7	3,4	5,9
Thekla	27,0	26,6	16,5	13,7	9,2	2,9	4,1
Portitz-Plaußig*	25,9	26,6	14,4	12,5	11,4	4,5	4,7
<i>Stadtbezirk Ost</i>							
Neustd.-Neuschönef.	12,2	14,4	31,5	11,8	5,9	13,0	11,2
Volksmarsdorf	14,2	13,4	32,1	10,7	4,9	11,2	13,5
Anger-Crottendorf	15,4	19,1	25,8	12,1	6,7	10,1	10,8
Sellerhausen-Stünz	23,7	23,3	17,7	15,2	7,7	5,0	7,4
Paunsdorf	27,5	21,4	19,3	14,9	6,6	2,8	7,5
Heiterblick	23,9	25,9	17,0	14,9	9,7	2,7	5,9
Mölkau*	21,2	31,4	15,7	11,4	10,2	5,0	5,1
Engelsdorf*	23,2	29,5	14,6	12,4	10,4	3,9	6,0
Baalsdorf*	20,5	32,7	13,8	12,7	10,5	6,1	3,7
Althen-Kleinpösna*	27,8	30,9	12,7	9,7	9,1	3,1	6,7

		AfD	CDU	Linke	SPD	FDP	Grüne	andere
<b>Stadtbezirk Südost</b>								
	Reudnitz-Thonberg	10,8	18,1	26,3	13,0	7,7	13,8	10,3
	Stötteritz	16,2	23,7	19,9	13,4	9,4	9,1	8,3
	Probstheida	20,1	28,2	18,8	14,4	9,2	4,9	4,4
	Meusdorf	27,2	25,8	16,6	11,6	8,9	4,2	5,7
	Liebertwolkwitz*	29,1	27,8	12,0	10,9	10,2	4,1	5,9
	Holzhausen*	25,6	27,6	14,9	11,0	10,9	4,5	5,5
<b>Stadtbezirk Süd</b>								
	Südvorstadt	7,7	18,2	27,0	12,7	7,9	17,9	8,6
	Connewitz	8,5	15,6	35,1	10,3	5,2	13,4	11,9
	Marienbrunn	17,1	25,5	20,5	14,9	8,2	7,5	6,3
	Lößnig	20,0	22,5	23,2	16,2	6,4	5,6	6,1
	Dölitz-Dösen	21,1	23,8	18,3	11,7	9,7	7,1	8,3
<b>Stadtbezirk Südwest</b>								
	Schleußig	8,8	18,6	24,7	13,1	8,2	19,4	7,2
	Plagwitz	10,8	19,0	26,6	11,9	7,8	14,3	9,6
	Kleinzschocher	19,3	19,5	22,9	13,6	6,7	8,2	9,8
	Großzschocher	23,3	24,9	18,5	14,6	7,7	4,7	6,3
	Knautkeeb.-Knauth.	23,2	28,4	15,4	11,4	9,6	6,2	5,8
	Hartmannsd.-Knaut-nd.*	21,7	29,2	17,0	10,5	11,4	4,8	5,4
<b>Stadtbezirk West</b>								
	Schönau	26,6	22,3	20,3	14,0	7,3	3,5	6,0
	Grünau-Ost	25,0	23,3	22,2	15,5	5,9	2,7	5,4
	Grünau-Mitte	26,4	20,9	22,0	15,5	6,0	3,1	6,1
	Grünau-Siedlung	22,8	30,0	17,1	12,7	8,6	4,7	4,1
	Lausen*-Grünau	29,5	22,1	19,2	14,1	6,5	2,4	6,2
	Grünau-Nord	29,4	21,1	21,2	13,8	5,0	3,1	6,4
	Miltitz*	23,4	26,2	16,6	13,7	9,8	4,3	6,0

		AfD	CDU	Linke	SPD	FDP	Grüne	andere
<b>Stadtbezirk Alt-West</b>								
	Lindenau	8,7	14,4	<b>31,1</b>	10,9	6,1	17,3	11,5
	Altlindenau	13,5	16,1	<b>28,2</b>	10,9	7,2	13,8	10,3
	Neulindenau	<b>23,8</b>	20,6	21,1	13,8	6,8	5,1	8,8
	Leutzsch	20,5	<b>23,3</b>	19,4	12,4	9,4	7,0	8,0
	Böhlitz-Ehrenberg*	23,3	<b>27,0</b>	15,5	13,6	9,2	4,9	6,5
	Burgh.-Rückmarsd.*	25,7	<b>29,7</b>	14,7	11,1	10,6	3,6	4,6
<b>Stadtbezirk Nordwest</b>								
	Möckern	<b>24,1</b>	23,2	18,2	14,1	7,5	5,0	7,9
	Wahren	24,5	<b>26,1</b>	16,2	13,2	8,2	4,9	6,9
	Lützschena-Stahmeln*	26,8	<b>28,7</b>	14,2	11,1	9,1	5,4	4,7
	Lindenthal*	26,5	<b>27,9</b>	13,9	11,4	9,6	4,0	6,7
<b>Stadtbezirk Nord</b>								
	Gohlis- Süd	14,2	<b>24,3</b>	17,6	13,3	11,2	12,1	7,3
	Gohlis-Mitte	15,1	<b>25,2</b>	18,1	14,1	9,8	10,0	7,7
	Gohlis-Nord	22,5	<b>24,8</b>	19,6	14,5	7,8	4,5	6,3
	Eutritzsch	21,0	<b>23,9</b>	17,7	12,9	10,0	6,4	8,1
	Seehausen*	26,7	<b>30,5</b>	12,2	10,4	9,1	4,4	6,7
	Wiederitzsch*	25,2	<b>29,2</b>	13,4	11,6	10,5	5,0	5,1

Anmerkungen: Fett gedruckt ist die Partei mit dem größten Zweitstimmenanteil in dem jeweiligen Ortsteil. Die mit einem Sternchen (\*) gekennzeichneten Ortsteile wurden erst nach 1990 in das Stadtgebiet eingemeindet und sind häufig durch eine ländliche, teilweise sogar dörfliche Struktur charakterisiert.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig.